

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

November 2021

Covid-19-Gesetz: Wir lassen uns nicht spalten!



ABSTIMMUNGS- VORLAGEN

Informationen und Hintergründe über die Abstimmungsvorlagen vom 28. November, inklusive «Pro & Kontra»:

Seiten 4–6 und 11

«NEUE WELTORDNUNG»

Etablieren Industrie, Politik und Hochfinanz mit ihrem Trend zur globalen Allianz eine Art neue Religion?

Seite 7

KANTON ZÜRICH

- Nein zum Energiegesetz
- Warum so wenige Intensivbetten?
- Ungleiche Corona-Entscheide

KANTONALTEIL

INHALT

8-10

Monatsinterview



«Christliche Werte und Kernauftrag der EDU»

Die Politikagenda macht deutlich: Die EDU bleibt vielfach gefordert. Wie gehen Parteipolitiker damit um? Und was stärkt sie im politischen Engagement? Im Gespräch mit Nationalrat Andreas Gafner und dem EDU-Präsidium: Kantonsrat Daniel Frischknecht und Kantonsrat Thomas Lamprecht.

Die EDU setzt sich ein: Streuversand der Abstimmungszeitung

Die EDU sagt NEIN zum Covid-19-Gesetz. Sie will die zunehmende Spaltung der Gesellschaft aufhalten und lanciert eine eigene Abstimmungskampagne in Form einer **8-seitigen Abstimmungszeitung**. Die **Startauflage beträgt 200'000 Exemplare**; der Nachdruck orientiert sich an der Nachfrage.

Jetzt Postversände sponsern!

Wir motivieren Sie als Leserinnen und Leser, Mitglieder, Sympathisanten und Sektionen, die Verbreitung des «Standpunkts» zu unterstützen. Auf der Plattform «Flyer Überall» können Sie ab sofort schon für wenig Geld Postversände in sämtliche Haushalte ausgewählter Gemeinden sponsern.

- ➔ weitere Infos: www.flyer-ueberall.ch/edu-schweiz
- ➔ Abstimmungszeitung lesen (PDF): www.edu-schweiz.ch

Selbstverständlich können Sie die **Abstimmungszeitungen auch bestellen** und **selber** in Ihrem Umfeld oder in Briefkästen **verteilen**: Telefon 033 222 36 37, E-Mail info@edu-schweiz.ch
Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement!
Geschäftsleitung und Redaktion



- 3 Grusswort: Lernen von den Bisons
- 4-6 Abstimmungsvorlagen vom 28. November
- 12 klipp & klar - EDU in Aktion
- 13 Aus dem Bundeshaus
- 14 Aktualitäten: Gebetsecke, Aktion Weihnachtspäckli
- 17 «Ausgezeichnete Hoffnungsträger» - Umfrage jEDU
- 18 Serviceseite: Angebote und Termine

www.edu-schweiz.ch

Worte des Monats

«Es ist gefährlich Recht zu haben, wenn die Regierung im Unrecht ist.»

Jean-Jacques Voltaire

«In der Welt habt ihr Angst. Aber seid getrost! Ich habe die Welt überwunden.»

Johannes 16,33

Lernen von den Bisons



Von den Büffeln in Nordamerika erzählt man: Vor einem drohenden Sturm flüchten diese mächtigen Ureinwohner der Prärie nicht wie die vom Menschen gezüchteten Rinderherden. Die Bisons stellen sich dem Kommenden mutig entgegen, indem sie ihm entgegengehen. Die Jungtiere in ihrer Mitte, die schweren Schädel gesenkt, trotten sie gemeinsam auf den Sturm zu – und durch diesen hindurch. Sie stellen sich dem Unvermeidlichen und begegnen ihm aktiv. So verkürzen sie auch die Phase der Angst vor dem Sturm, sparen Kraft und überleben letztlich als ganze Herde. Bei einem solchen Sturm oder Blizzard gibt es auch bei den Bisons Opfer, aber viel weniger als bei Kuhherden, die in Panik flüchten, dem Sturm aber nicht entrinnen können. Einige Kühe sterben schon auf der Flucht. Andere werden schwach, vom Sturm eingeholt und sterben weit verstreut voneinander, ohne den Schutz der Herde.

Es sind verschiedene «Stürme» aufgezogen, sichtbar zum Beispiel anlässlich der Volksabstimmung vom 26. September. Weitere werden folgen. Eine aktuelle, grosse Herausforderung: Wie begegnen wir der Corona-Krise und den teils unverständlichen Massnahmen? Dass die Meinungen auseinandergehen, zeigt die Rubrik «Pro & Kontra» auf Seite 11.

Das Bild der Bisons macht mir Mut. Jesus Christus wird als der Gute Hirte bezeichnet, der treu zu seiner «Herde» schaut. Das weckt Hoffnung, stimmt zuversichtlich, gibt mir Kraft. Immer im Wissen, dass Stürme dazugehören. Und wir in dieser Welt immer wieder Angst empfinden (vgl. Johannes 16,33), aber dass Er sie überwunden hat – die Angst und diese Welt mit ihrer Vergänglichkeit.

Herzlich und zuversichtlich!

Thomas Feuz,
Redaktionsleiter

40 Jahre «Standpunkt»

Lebensrechtsfragen, Autobahn-Vignette, Zivildienst-Initiative, Waldsterben, Sexualunterricht: die 11. Ausgabe hatte es «in sich».

«**In der Welt – nicht von der Welt**» war der bemerkenswerte Beitrag von Dr. Peter Rüst überschrieben. Der Autor plädierte für ein aktives Engagement von Christen in der Politik.

Viel Platz erhielt das Thema **Lebensrecht**, konkret die Volksinitiative «Recht auf Leben». «Wer würde diesem Baby das Lebensrecht absprechen wollen? Doch Ungeborene meint man ungestraft morden zu können» hiess es unter einem Bild mit einem lächelnden Bébé.

Bezüglich der Abstimmung über die Zivildienst-Initiative mutete die Frage «Soll jeder frei entscheiden können?» ein wenig rhetorisch an.

Trotzdem bewies die EDU diesbezüglich eine gewisse **Weitsicht**. Heute stehen wir angesichts des knappen Personalbestands an AdA vor der gleichen Fragestellung... «Verschwenderische Lebensweise fordert ihren Preis» hielt der nachmalige Nationalrat Markus Wäfler in seinem Artikel über das **Waldsterben** fest.

Das «Gemeindeporträt» war der **EMK** gewidmet.

Dr. Alfred E. Stückelberger behandelte in der Fortsetzungsserie «**Christliche Erziehung**» das 5. Gebot (Ehre Vater und Mutter) und Pfr. Paul Bürki aus Oberhofen BE verpackte seine Gedanken zum Thema «Friede und Sicherheit» in Versform.

«**Die Bibel zeigt den Ausweg**», so der Titel eines wegweisenden Kommentars von Markus Wäfler.

In der Rubrik **Diskussions-Forum** fanden sich drei Lesezuschriften.

Gleichzeitig regte die Redaktion mit der Frage «Militär ja oder nein?» zu weiteren Stellungnahmen an.

Kantonale Beiträge (ZH: Erhöhung Kinderzulage, Sexualunterricht, Sex-Gewerbe; BE: Spitäler Grosshöchstetten und Huttwil, Wohnbau-Initiative der SP) rundeten den Lesestoff ab.

Erstmal erschien der Slogan «**EDU-Standpunkt. Eine Zeitung für Christen von heute**». Und last but not least: Das Jahresabonnement kostete 10 Franken für 4 Ausgaben. Im Vergleich zu heute (30 Franken für 11 Ausgaben) steht fest: Der «Standpunkt» ist teuerungsbedingt viel zu billig. Oder wie denken Sie darüber, liebe Leserinnen und Leser? (tf) ●



Pflegenotstand beheben – aber wie?

Selten hat es eine Initiative gegeben, die auf den ersten Blick so verlockend klingt und derart viel Verständnis für das Anliegen hervorruft. Die «Pflege-Initiative» ist Ausdruck eines Hilfeschreis vieler Pflegerinnen und Pfleger, welche die Zukunft ihrer Branche bedroht sehen, wenn die Ausbildung nicht attraktiver gestaltet wird.



Anian Liebrand, Politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

Für die Delegierten der EDU geht die Initiative aber zu weit. Dies vor allem, weil sie fordert, dass der Bund künftig die Arbeitsbedingungen regeln soll. Der indirekte Gegenvorschlag nimmt das berechnete Anliegen der Pflege-Initiative auf, ohne den Staat über Gebühr aufzublähen.

Die Pflege-Initiative wurde vom Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) lanciert. Sie will die Situation in der Pflege verbessern und garantieren, dass in der Schweiz auch in Zukunft genügend Pflegefachpersonen ausgebildet werden. Konkret soll die Aus- und Weiterbildung in der Pflege durch den Bund finanziell unterstützt werden. Der Ausbildungslohn zur diplomierten Pflegefachperson HF/FH soll erhöht werden, damit die Zahl der Berufseinsteiger gemäss den Initianten «rasch steigt».

Die Anliegen sind erkannt

Der Initiativtext will den Grundsatz verankern, dass Bund und Kantone «die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung» fördern, formuliert aber keine genauen Zahlen für Unterstützungsbeiträge. Die Initianten warnen vor einem drohenden «Pflegenotstand» und einem zunehmenden Fachkräftemangel bei festzustellender massiver Zunahme der pflegebedürftigen Menschen in den nächsten Jahren. Die Initiative würde helfen, die sich zuspitzenden Probleme zu beheben.

Bundesrat und Parlament geht die Pflege-Initiative zu weit. Sie stellen ihr einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Dieser sieht vor, dass die Aus- und Weiterbildung während acht Jahren mit bis zu einer Milliarde Franken gefördert werden soll. Pflegefachpersonen sollen gewisse Leistungen direkt abrechnen können, wobei ein Kontrollmechanismus eingerichtet werden soll, der verhindert, dass dadurch die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien steigen. Dieser indirekte Gegenvorschlag tritt automatisch in Kraft, wenn die Initiative an der Urne abgelehnt beziehungsweise das Referendum nicht ergriffen wird. Gegner der Initiative, darunter die EDU, anerkennen zwar, dass Handlungsbedarf bestehe, um Pflegeberufe attraktiver zu machen. Sie bemängeln aber, dass diese Probleme mit einer Initiative auf Verfassungsebene nicht wirksam gelöst werden könnten und dass zu verhindern sei, dass öffentliche Gelder nach dem Giesskannenprinzip verteilt werden. Was bei aller berechtigter Kritik am Gesundheitswesen ebenfalls nicht ausser Acht vergessen werden darf: Im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten zählt die Schweiz pro 1000 Einwohner eine der höchsten Dichte an Pflegefachleuten. ●

Abstimmungsempfehlung der EDU Schweiz

Die EDU Schweiz fasste zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2021 folgende Parolen:

● Pflege-Initiative: Nein

(53 Nein:18 Ja, 2 Enthaltungen)

Aus Sicht der EDU geht die Initiative gesamthaft zu weit. Der indirekte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament sieht u.a. vor, dass die Aus- und Weiterbildung während acht Jahren mit bis zu einer Milliarde Franken gefördert werden soll.

● Justiz-Initiative: Nein

(58:12, 3 Enthaltungen)

Die EDU bezweifelt, ob die von der Justiz-Initiative

vorgeschlagenen Änderungen zu einer Verbesserung der Unabhängigkeit und demokratischer Akzeptanz führen.

● Covid-19-Gesetz: Nein

(58:12, 3 Enthaltungen)

Viele Menschen empfinden die Corona-Massnahmen zunehmend als unverhältnismässig. Die umfassende Erweiterung des Covid-19-Gesetzes ist aus Sicht der EDU nicht die richtige Antwort.

Weitere Ausführungen finden Sie in den Präsentationen der einzelnen Abstimmungsvorlagen. Dabei beleuchten wir auch die Hintergründe der drei Vorlagen. Wir motivieren Sie, an dieser Volksabstimmung teilzunehmen. Auch Ihre Stimme zählt!

Aushebelung des bisherigen Wahlverfahrens

Die Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)» wurde am 26. August 2019 mit 130 100 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie will das Wahlverfahren für das Bundesgericht ändern.



a. Nationalrat Markus Wähler

Die Änderungen auf einen Blick:

- Die Bundesrichter/innen werden neu durch ein Losverfahren bestimmt und bleiben bis maximal 5 Jahre nach Erreichen des Rentenalters im Amt. Sie müssen sich keiner Wahl respektive Wiederwahl durch die Vereinigte Bundesversammlung stellen.
- Neu soll eine Abberufung möglich werden, wenn die/der betreffende Bundesrichter/in die Amtspflichten schwer verletzt hat oder «amtsunfähig» geworden ist.
- Die Bundesrichter/innen sollen neu durch ein Losverfahren bestimmt werden. Die Kandidat/innen werden von einer von Behörden und politischen Organisationen unabhängigen Fachkommission, deren Mitglieder durch den Bundesrat für eine einmalige Amtsdauer von 12 Jahren bestimmt werden, nach fachlichen und persönlichen Kriterien evaluiert. Dabei sollen die Amtssprachen angemessen vertreten sein.

Eine Revolution des Wahlverfahrens

Im Vergleich mit der bisherigen Regelung fordern die Initianten mit ihrer Justiz-Initiative

eine eigentliche Revolution des Wahlverfahrens für die Mitglieder der Bundesgerichte. In der Schweiz werden Richter auf allen Stufen jeweils auf 6 Jahre gewählt. Abberufung ist nicht möglich, wohl aber eine Nicht-Wiederwahl. Die Richter auf der untersten Stufe, jene an den Bezirksgerichten respektive die Friedensrichter in den Gemeinden, werden durch direkte Volkswahl an der Urne gewählt. Die Richter der kantonalen Gerichte werden durch die vom Volk gewählten Kantonsparlamente gewählt und die Richter der Bundesgerichte werden von den vom Volk gewählten Mitgliedern der Vereinigten Bundesversammlung (National- und Ständerat) gewählt. Diese demokratische Verankerung der rechtssprechenden Instanzen führt in der Regel auch zu einer besseren Akzeptanz der Entscheidung dieser Justizbehörden. Auch das bisherige Prozedere der Bundesrichterwahl kann Schwierigkeiten in deren Organisation und Zusammenarbeit zur Folge haben, wie die Vorkommnisse am Bundesstrafgericht in Bellinzona zeigen. Zudem werden einzelne Bundesgerichte oder Bundesrichter/innen in den Medien oft begründet wegen ihrer Gerichtsurteile kritisiert.

Umstrittener Parteienproporz

Ein Grund für diese Initiative ist u.a. der heutige stillschweigende Parteienproporz bei den Richterwahlen durch Parlamente. Es wird darauf geachtet, dass die Richtergremien in etwa den gleichen Parteienproporz aufweisen wie die entsprechenden Parlamente. Dies führt dazu, dass juristisch und persönlich kompetente, aber parteilose Kandidat/innen weniger Chancen haben, ein solches Mandat zu erreichen, ohne sich einer Partei anzuschliessen, bzw. von einer Partei als Kandidat/in portiert zu werden. Dieser freiwillige Parteienproporz ist zu Recht umstritten und liegt nicht im Interesse einer möglichst unabhängigen Justiz.

Ob die von der Justiz-Initiative vorgeschlagenen Änderungen zu einer Verbesserung von Unabhängigkeit und demokratischer Akzeptanz führen, darf bezweifelt werden. ●



Ist diese Art Notrecht noch verhältnismässig?

Im Juni stimmten rund 40 % gegen das neu geschaffene Covid-19-Gesetz. Anschliessend wurden fast 190 000 Unterschriften gegen die Gesetzeserweiterung vom März 2021 eingereicht – ein Referendumsrekord. Nun können wir am 28. November nochmals über das umstrittene Gesetz abstimmen.



Grossrat Samuel Kullmann

Bei der ersten Abstimmung konnten sich wohl die wenigsten vorstellen, dass der Bundesrat im September eine weitgehende Zertifikatspflicht beschliessen würde. Die Massnahmen des Bundesrats müssen als unverhältnismässig bezeichnet werden.

«Notrecht» versus Bundesverfassung?

In Artikel 5 der Bundesverfassung steht:

Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns

1 Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.

2 Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein.

Leider hat sich die Corona-Politik des Bundesrats zunehmend von diesen Prinzipien entfernt. Die Massnahmen unserer Landesregierung sind aus diesen Gründen unverhältnismässig: Erstens wurden verschiedene elementare Grundrechte seit März 2020 vom Bundesrat immer mehr eingeschränkt. Je länger diese Einschränkungen anhalten, desto gewichtiger müssten die Gründe dafür sein. Spätestens seit alle Gelegenheit zur Covid-Impfung haben, gibt es für Einschränkungen keine Rechtfertigung mehr. Auch der Bundesrat beurteilte dies ursprünglich so.

Zweitens nehmen der Druck auf Ungeimpfte und damit die Spaltung der Gesellschaft zu. Es ist nachvollziehbar, dass unterschiedliche Betrachtungsweisen der Corona-Situation zu Spannungen und Konflikten in unserer Gesellschaft bis hinein in Familien und Gemeinden führen können. Angesichts der Komplexität der Thematik stellt sich die Frage, wem man überhaupt ver-

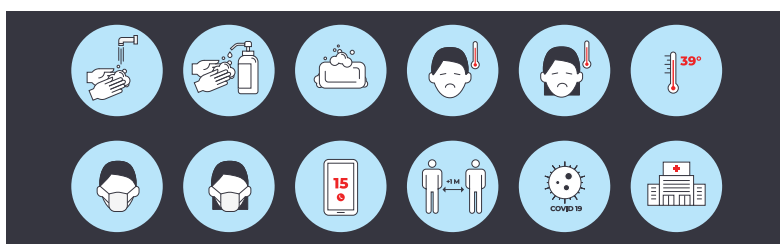
trauen soll – und kann. Sie sollte von allen eigenverantwortlich beantwortet werden dürfen. Aus meiner Sicht gibt es gute Gründe, auf die Covid-Impfung zu verzichten, besonders je gesünder und jünger jemand ist.

Immense Neuverschuldung, fragwürdige Parameter

Schliesslich haben die Corona-Massnahmen den Volkswirtschaften weltweit immensen Schaden zugefügt. Viele Entwicklungsländer wurden bei der Bekämpfung der Armut um Jahre zurückgeworfen. Größere Verwerfungen für die Schweizer Wirtschaft konnten durch die Anhäufung von bis zu 40 Milliarden Franken an neuen Schulden abgefangen werden. Trotzdem mussten nicht wenige Unternehmen Konkurs anmelden. Nach den letzten 18 Monaten hätte der Bundesrat diese Schäden auf keinen Fall mit der Zertifikationspflicht vergrössern dürfen. Statt einer wirtschaftlichen Erholung sehen sich verschiedene Betriebe nun mit einem Umsatzrückgang konfrontiert, der noch grösser werden dürfte.

Angesichts dieser Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft muss man die Frage stellen, ob die Covid-Situation diese Massnahmen rechtfertigt. Seit der vierten Welle sind zwischen Ende Juni und Mitte Oktober 317 Personen an oder mit Covid gestorben, 72 % davon älter als 70 Jahre. In derselben Zeitspanne starben jedoch rund 2800 Menschen allein an den Folgen des Rauchens! Viele weitere sterben frühzeitig an den Folgen eines andersartigen ungesunden Lebensstils oder nehmen teure Spitalleistungen in Anspruch. Als Gesellschaft haben wir dies bisher akzeptiert und solidarisch mitgetragen bzw. mitbezahlt.

Angesichts dieser Tatsachen darf die Unverhältnismässigkeit der Corona-Massnahmen nicht mehr toleriert werden. Ein überzeugtes Nein zur gefährlichen Erweiterung des Covid-19-Gesetzes scheint die richtige Antwort zu sein. Diese Haltung teilen auch die Delegierten der EDU Schweiz. ●



Wird die neue Weltordnung zur neuen Religion?

Einflussreiche private und öffentliche Organisationen, Firmen und Politiker sollen zusammenspannen. Als Schwerpunkte zum Wohl von uns Menschen werden die vierte industrielle Revolution sowie die umfassende Klimaverträglichkeit definiert. Wohin führt dieser Weg?



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Die Covid-Krise ist noch lange nicht bewältigt. Ungleichheiten, Benachteiligungen und Bevormundung mit negativen Auswirkungen auf die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Versorgung haben weltweit zugenommen. Dabei ist kaum erkennbar, dass die westliche Welt wirksam Gegensteuer gibt und die in der 3. Welt besonders verheerenden Massnahmen bekämpft.

Alles steuert auf eine globale Allianz hin

Trotzdem wird auf der Internetplattform des Weltwirtschaftsforums WEF der Glaube verbreitet, dass gerade diese Krise mithelfen kann, die nötigen Transformationen hin zu einer nachhaltigeren Welt voranzutreiben. Das Heil sollen die Künstliche Intelligenz (KI) sowie das Handeln im Einklang mit der Natur und damit mit den Ressourcen bringen. Für dieses Ziel wird die globale Geschäftswelt zu kollektivem Handeln aufgefordert. Die Zusammenarbeit und geschäftliche Unterstützung zur Covid-19-Bekämpfung sollen weiter ausgebaut werden. Es brauche koordiniertes Handeln in aussergewöhnlichem Umfang und mit raschem Tempo, um die potentiellen Auswirkungen der Krise zu mindern, wird behauptet.

KI, Blockchain, Internet der Dinge

Wohin geht diese Reise? Ein aktuelles Zitat:

«Neue Technologien verändern die Produktionswelt, ermöglichen effizientere Prozesse und schaffen neuen Wert für Industrie, Gesellschaft und Umwelt.» Es gehe um verantwortungsvolle Konsummodelle zum Nutzen von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch um Erwartungen von Verbrauchern in der sich wandelnden Demographie.

Alle Hoffnungen richten sich gemäss WEF auf die Künstliche Intelligenz, auf das Internet der Dinge (Sammelbegriff für Technologien einer globalen Infrastruktur der Informationsgesellschaften, mit dem Ziel der Vernetzung von physischen und virtuellen Gegenständen und ihrem Zusammenwirken durch Informations- und Kommunikationstechniken) und auf Blockchain. Blockchain bezeichnet eine neuartige Technologie, durch welche es möglich wird, jegliche Art von Information in einer öffentlich einsehbaren Datenbank zu speichern, zu verwalten, zu bearbeiten und zu teilen.

Wo bleibt die Menschenwürde?

Damit sollen die Kluft zwischen Stadt und Land, die Umweltzerstörung durch übermässigen Konsum und die Umschulung von Arbeitnehmern angegangen werden, auch um Ungleichheit zu verringern. Die Frage sei erlaubt: Alles Tun und Lassen wird die KI steuern und überwachen? Und alles soll der nicht hinterfragbaren Klimakrise untergeordnet sein?

Dazu müsste (muss?!) allerdings jegliche Selbstbestimmung der Länder und insbesondere der Demokratien aufgegeben werden. Die sich bereits verbreitende Zensur zugunsten einheitlicherer Informationen würde weiter ausgeweitet werden, denn die Menschen sollen darauf vertrauen, dass die Bevormundung und alle Unfreiheiten ihrem Besten und der Rettung der Welt dienen. Dazu gelte es Vertrauen zu schaffen, dass die Mächtigen selbstlose gute Menschen zum Wohl von uns allen sind.

Trotzdem bleibt die Frage: Wann in der Geschichte blühten Gesellschaften unter Totalitarismus auf? ●





... weil der Glaube Politik und Leben inspirieren und prägen soll! Bild: Kapelle auf der Bettmeralp VS

«Christliche Werte definieren unseren Kernauftrag»

Die Politagenda macht deutlich: Die EDU bleibt vielfach gefordert. Wie gehen Parteipolitiker damit um? Und was stärkt sie im politischen Engagement?

Thomas Feuz

«Standpunkt»: Andy Gafner, Du berichtest im EDU-Organ jeweils aus «Bundesbern». Was war prägend während der letzten Monate?

Andreas Gafner: Die schleichende Einführung einer totalen Überwachung beschäftigt mich stark. Die mediale Dauerberiesung funktioniert leider bestens. Der Bundesrat hat faktisch einen Impfungszwang eingeführt. Ich habe im Juni bei der Beratung des Covid-19-Gesetzes einen Minderheitsantrag gestellt, der die Rechtsgleichheit aller Bürgerinnen und Bürger fordert, leider ohne Erfolg. Dass unsere Landesregierung Ende Sommer genau das Gegenteil umsetzt von dem, was noch im April versprochen wurde, stimmt mich traurig und fördert mein Vertrauen in den Bundesrat nicht. Mich beschäftigt auch die tendenziöse Berichterstattung in den Mainstream-Medien. Wir haben das Referendum gegen das Gesetz über die Medienförderung, das noch mehr Geld in die Medien pumpt, unterstützt, und können voraussichtlich 2022 darüber abstimmen.

Weiter war das Thema Afghanistan Thema im Parlament. Der überstürzte Rückzug der Alliierten hat viel Chaos ausgelöst. Als neutrales Land ist die

Schweiz zur Zurückhaltung aufgerufen und setzt sich vor allem im humanitären Bereich ein. Die Forderung von linker Seite, 10 000 Menschen aus Afghanistan in die Schweiz einzufliegen, hat keine Mehrheiten gefunden.

Kaum als Präsident gewählt, stand mit der «Ehe für alle» inklusive Samenspende für lesbische Paare bereits die erste grosse Herausforderung an. Du hast Dich vielfältig engagiert...

Daniel Frischknecht: Das Engagement beginnt meist lange bevor etwas von aussen wahrgenommen wird. Wir wussten ja im Herbst vor einem Jahr nicht, ob der Ständerat in seiner Session die Vorlage ablehnen würde, was wir natürlich insgeheim hofften. Also mussten wir uns trotz dieser Möglichkeit auf ein Referendum einstellen und alles darauf vorbereiten. Dies konnten wir auch erfolgreich zustandebringen. Bei der Abstimmung stellte sich dann heraus, dass die seit Jahren dauernde Propaganda der Medien das Denken einer Bevölkerungsmehrheit bereits massgeblich verändert hatte. Trotzdem durfte ich mit meinem Engagement die EDU würdig nach aussen vertreten.



«GRUNDRECHTE SIND NUR GRUNDRECHTE, WENN SIE BEDINGUNGSLOS GELTEN.»

Thomas Lamprecht, Vizepräsident EDU Schweiz



Du bist als pragmatischer Schaffer bekannt. Dein Fazit angesichts des Resultats?

Thomas Lamprecht: Mein spontanes Fazit: «Denn sie wissen nicht, was sie tun.» Da alle Stände (Kantone) zugestimmt haben, wäre der Weg über die Verfassung auch gelungen. Wenn ich an die Zukunft denke, so mache ich mir schon Gedanken, wann auch die Leihmutterchaft eingeführt werden soll.

Ihr beide arbeitet in einer Aufgabenteilung. Was sind Deine Maximen für den EDU-internen Bereich?

Th. Lamprecht: Die Leitung aller Anlässe wie Delegierten- und Mitgliederversammlung und der internen Sitzungen fallen mir leicht. Der nächste wichtige Schritt ist nun der verstärkte Einbezug der Kantone, also deren Präsidenten.

... währenddem Du eher als «Aussenminister» wirkst. Was waren bisherige Aktionen?

D. Frischknecht: Gerade im Zusammenhang mit der letzten Abstimmung darf ich dankbar feststellen, dass ich die EDU und ihre Positionen im Komitee und während der ganzen Kampagne prägend und nachhaltig einbringen und vertreten durfte. Es entstanden wertvolle Kontakte zu anderen Parteien und auch zu anderen Organisationen. Dabei wurde ich auch als Vertreter des Komitees an diverse Veranstaltungen wie «Arena», Tele Top, TeleZüri und TVO eingeladen. Zudem meldeten sich ein Redaktor aus Süddeutschland und sogar eine Journalistin der «New York Times» für ein Interview.

Das Covid-Zertifikat lässt viele Fragen aufkommen...

D. Frischknecht: Ich frage mich, wie weit der Staat gehen und die Meinungsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht einschränken kann, nur um einen vermeintlichen Kollektivschutz zu bewirken.

Th. Lamprecht: Ich halte die Zertifikatspflicht und die versteckte Impfpflicht für grundsätzlich falsch. Jeder darf für sich persönlich das Recht in Anspruch nehmen, sich nicht impfen zu lassen. Man muss das nicht verstehen, aber man muss es respektieren; die individuelle Gesundheit ist nicht Sache des Kollektivs.

A. Gafner: Meiner Meinung nach ist das Zertifikat ein menschenverachtendes, trennendes und schädliches Instrument. Ich war nun an mehreren 3G-Anlässen und da wird mir schon ein wenig mulmig, wenn ich diese 2-Klassen-Gesellschaft sehe. Die einen dürfen – und die andern eben nicht. Zahlreiche Ärzte, ausgewiesene Fachleute und Pflegepersonal, heissen die Massnahmen des Bundesrats nicht gut. Sie werden jedoch gar nicht angehört. Fragen ans BAG und an den Bundesrat werden mit Verweis an die Wissenschaft nur einseitig beantwortet. Das löst schon Fragen aus.

Wie beurteilt Ihr die Covid-Krise grundsätzlich?

D. Frischknecht:

Aus meiner subjektiven Sicht sind wir schon zu Beginn auf die falsche Schiene gelangt, indem wir nicht auf die Krankheit, sondern auf die In-



fektionen und nun auf die Impfungen ausgerichtet wurden. Bleiben wir auf diesem Wege, dann gibt es eine «never-ending Story», da es schon immer Infektionen gegeben hat und auch immer geben wird, welche aber nicht zwangsläufig zu Krankheiten führen. Da nun das Mass der Infektionen und nicht der Krankheiten als Entscheidungsgrundlage dient, obliegt die Entscheidungsgewalt nun dem Staat und nicht mehr den Bürgern. Dies führt zu Abhängigkeiten und einer Entmündigung der Bürger und somit zu Spannungen.

A. Gafner: Die gesundheitlichen Aspekte sind schon lange in den Hintergrund getreten. Der Regierung und dem BAG geht es zunehmend da-

«GOTT SCHENKT KRAFT UND NEUE ZUVERSICHT FÜR NEUE AUFGABEN.»

Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

«IN ALLEM DÜRFEN WIR GETROST SEIN, DENN DIE ERLÖSUNG NAHT.»

Nationalrat Andreas Gafner

rum, Recht zu haben. Dass dadurch die Staatsgläubigkeit noch zunimmt, ist für mich unverständlich. Viele Menschen haben aufgehört zu hinterfragen. Leider sind die Medien vor allem zum Sprachrohr des Bundesrats geworden und stellen praktisch keine kritischen Fragen mehr. Dass die Grundrechte und Freiheiten der Bürger massiv eingeschränkt werden, ist augenfällig. Um einen Kaffee an der Wärme zu trinken, muss ich mich testen lassen! Mein Zutrittsausweis fürs Bundeshaus wurde gesperrt! Als Nicht-Geimpfter muss ich mich testen lassen und darf dann über den Besucherzugang ins Haus... Leider wird auch massiver Druck auf die Jugend ausgeübt; gerade Studierenden wird diesbezüglich nichts erspart. Ich weiss nicht, ob diese Ereignisse bereits eine Erfüllung der biblischen Prophetie bedeuten. Aber ich bin überzeugt, dass die Zeit vorgerückt ist. Aber wir dürfen getrost sein, denn die Erlösung naht.

Th. Lamprecht: Für mich ist das Ganze eine Panik-Pandemie. Es ist aus der Geschichte bekannt, dass Gesundheitsvorsorge als Vorwand eingesetzt wurde, um ein System sozialer Kontrolle einzuführen. Die Gewährleistung der Grundrechte von Bedingungen abhängig zu machen, wie z.B. ein sozialer Pass in Form eines Covid-Zertifikats, widerspricht dem Rechtsstaat und unserem Verständnis der Eidgenossenschaft. Denn Grundrechte sind nur Grundrechte, wenn sie bedingungslos gelten.

Dazu verwirren die ständigen Änderungen der Vorschriften die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, so dass sie gar nicht mehr wissen, was nun gerade gilt.

Wo setzt Ihr ganz allgemein Schwerpunkte, wo fühlt Ihr Euch speziell herausgefordert?

Th. Lamprecht: Ich ziehe die Gesamtschau dem persönlichen Schwerpunkt vor. Herausgefordert fühle ich mich bei internen Differenzen, wenn zum Beispiel dem Gegenüber persönliche Überzeugungen überstülpt werden sollen.

A. Gafner: Als EDU-Nationalrat bin ich quasi von Amtes wegen herausgefordert. Die Schwerpunkte ergeben sich von selbst. Wenn ein Thema abgeschlossen zu sein scheint, stehen bereits die nächsten Herausforderungen an. In der Wintersession möchte ich einen Vorstoss betreffend Wasserstoff einreichen und hoffe, zu dieser Thematik vorgängig gute Gespräche führen zu können. Weitere Themen sind die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative Absenkepfad Pestizide und Nährstoffe und die Massentierhaltungs-Initiative.

...wie könnt Ihr alles unter einen Hut bringen? Was gibt Euch Kraft und Zuversicht?

Th. Lamprecht: Der Montag ist mein Politiktag. Da bin ich im Kantonsrat und kann gleichzeitig Arbeiten für die EDU Schweiz erledigen. Dazu kommen dann die täglichen Mails.

D. Frischknecht: Für mich ist es wirklich das Einlösen des Wortes: «Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes, so wird euch all dies zufallen.» Ich merke, wenn ich nicht um mich, son-

dern um Gott kreise, so gelingen viele Dinge, von denen ich nicht einmal träumen konnte. Zudem erhalte ich auch die Kraft, diese Arbeiten zu bewerkstelligen. Daraus entsteht neue Zuversicht für neue Aufgaben.

A. Gafner: Oft ist der Arbeitsanfall tatsächlich beträchtlich. Aber ich habe ein intaktes und gutes Umfeld und auch die nötige Unterstützung meiner Familie. Dass ich von Natur aus ein optimistischer Mensch bin, ist sicher hilfreich.

Letzte Frage: Was sind «Alleinstellungsmerkmale» der EDU? Wie sollte sie sich weiterentwickeln?

A. Gafner: Die EDU macht eine bürgerliche Politik; in Familien und Gesellschafts-Fragen bilden biblische Aussagen die Grundlage. Zudem ist die EDU die Partei, die Israel als Staat anerkennt und eine freundschaftliche Beziehung mit der einzigen Demokratie im Nahen Osten anstrebt.

Th. Lamprecht: Die Bewahrung oder das Einstehen für die christlichen Werte ist unser Kernauftrag. Hier sollten wir konstruktive Lösungen auch in neuen Bereichen entwickeln können – weil wir uns der Sache und nicht unserem Ego verpflichtet fühlen.

D. Frischknecht: Für mich ist das «Alleinstellungsmerkmal» der EDU, dass sie sich am Wort Gottes orientiert und nicht primär an den Menschen. Dadurch entsteht eine geistlich natürliche Scheidung der Gottes- von der Menschenfurcht. Dies bringt zwar keine Ehre bei den Menschen, dafür aber bei Gott. Da kann man tatsächlich von Nachhaltigkeit sprechen. Wir sollten bei unseren Grundaussagen bleiben, aber die Kommunikation so anpassen, dass sie verständlich und nachvollziehbar ist.

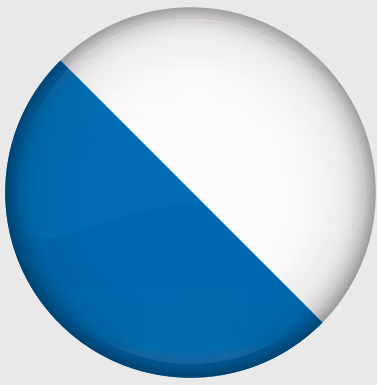
Herzlichen Dank fürs Gespräch und Euer Engagement!

Namen und Fakten

Andreas Gafner, Nationalrat EDU (BE), Meisterlandwirt, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, Mitglied der Parl. Gruppe Schweiz–Israel

Daniel Frischknecht, Präsident der EDU Schweiz, Diplompsychologe, Kantonsrat (TG)

Thomas Lamprecht, Vizepräsident der EDU Schweiz, Schreinermeister, Kantonsrat (ZH)



KANTON ZÜRICH

Wort des Vizepräsidenten



Heinz Kyburz

Vizepräsident EDU Kanton Zürich, ehem. EDU-Kantonsrat, Meilen

«Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!»

Sie kennen diesen Satz des ehemaligen DDR-Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht vom 15. Juni 1961. Zwei Monate später stand die Mauer in Berlin – und sie stand 28 Jahre. Ähnliches passiert nun mit dem Thema «Impfen». Nein, es werde keinen Impfwang geben. Vielleicht ein Impfblogatorium für einzelne Berufsgruppen, war vom BAG schon vor Monaten zu vernehmen. Dann kam das Covid-Zertifikat, zuerst für Grossanlässe, jetzt für Restaurants und Veranstaltungen.

Und nun verdichtet sich auf allen Ebenen die Diskussion um die Einführung des Covid-Zertifikats am Arbeitsplatz. Der mediale und soziale Druck auf die Arbeitnehmer, sich impfen zu lassen, nimmt zu. Es wimmelt von Mauern, um impfkritische Personen, die nicht mitmachen, auszugrenzen. Auf der Website des BAG steht lapidar: «Impfungen sind in der Schweiz freiwillig. Eine Impfpflicht ist nicht vorgesehen.» Wo leben wir eigentlich? ●



Saya Oechslin
EDU-Bezirkspräsidentin, Kloten

Covid oder Wetter?

Dieser Tage ist es einfach, sich aufzuregen. Die Themen sind im Titel gegeben. Immer wieder gebe ich mir jedoch inmitten des Ärgers auch Mühe, den Blickwinkel zu wechseln und mich zu freuen an dem, was der Herr mir schenkt. Ein Dach über dem Kopf, Friede im Land, sauberes Trinkwasser, Freunde, wieder mehr Freiheiten als vor einem Jahr, Auswahl beim Essen. Ich bin sicher, auch Sie finden eine eigene Dankbarkeitsliste und nutzen sie im Gebet. ●



Alba Festival und Pride Festival: Ungleiche Corona Entscheide

Der Ernst der Corona Situation in unserem Kanton nimmt eine neue Dimension an. Die unterschiedliche Bewilligungspraxis zwischen dem Pride Festival und dem Alba Festival stösst auf grosses Unverständnis. Der Regierungsrat gewichtet das Pride Festival mit über 20'000 Demonstranten, ohne Corona-Schutzmassnahmen, höher als das Alba Festival, wo das 3G-Schutzkonzept vorgesehen war.



Hans Egli

EDU-Kantonsrat, Steinmaur

In Zürich wurde das Pride Festival mit mehr als 20'000 Teilnehmern bewilligt. Gleichzeitig wurde das Alba Festival nicht einmal 48 Stunden vor Beginn verboten, obschon dort die 3G-Regel ein Teil des Schutzkonzeptes gewesen wäre. Diese ungleiche Bewilligungspraxis erstaunt und wirft Fragen auf.

Darum bitten unsere drei Kantonsräte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ein Corona-Schutzkonzept, das die 3G-Regel (Geimpft, Getestet oder Genesen) beinhaltet, gilt im Moment als Mass aller Dinge. Beim Alba Festival wäre das vorgesehen gewesen. Weshalb hat dies nicht genügt?

2. Das Pride Festival mit mehr als 20'000 Teilnehmenden wurde nicht verboten. Die Menschenmassen zogen zusammengedrängt, grösstenteils ohne Masken, durch die Strassen von Zürich. War 3G Teil des Schutzkonzeptes der Pride?

3. Die Kommunikation zum regierungsrätlichen Verbot des Alba Festivals hat bewirkt, dass der Eindruck von Diskriminierung entstanden ist. Sieht der Regierungsrat hier auch Handlungsbedarf? Und wenn ja, welchen konkret?

4. Das viel zu spät verhängte Verbot für das Alba Festival bedeutet für den Veranstalter enorme Kosten. Wie wird die Regierung den durch sie selbst verursachten Schaden abgelten? ●

Steuergelder für Live-Sex-Theater im Schauspielhaus

Das Zürcher Schauspielhaus wird über den Kulturlastenausgleich des Kantons und der Stadt Zürich jährlich mit 38 Mio. Franken Steuergeldern und mit 2 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds zu 80 Prozent finanziert.



Erich Vontobel

EDU-Kantonsrat, Wolfhausen

Aktuell wird im Schauspielhaus das Stück «Kurze Interviews mit fiesen Männern» aufgeführt. Brisant ist, dass dabei ein Live-Sex-Theater Premiere feiert. Fäkalszenen inklusive. Erich Vontobel und Hans Egli bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie definiert der Regierungsrat die Grenzen der künstlerischen Freiheit?

2. Wie steht der Regierungsrat konkret zur Aufführung «Kurze Interviews mit fiesen Männern» im Schauspielhaus?

3. Für pornografische Aufführungen gibt es bereits heute genügend entsprechende Clubs und Etablissements. Wie stellt sich der Regierungsrat zur allfälligen Absicht, durch solche Aufführungen mehr Leute ins Schauspielhaus zu locken?

4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Gefahr, dass mit diesem Tabubruch die Relevanz des Schauspielhauses gefährdet werden könnte? ●



Darum nein zum Energiegesetz

Die Klimapolitik wandelt auf Irrwegen. Nach dem Nein des Schweizer Stimmvolks zum CO₂-Gesetz braucht es einen lenkungs-basierten Ansatz und nicht Subventionen.



Thomas Lamprecht
EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Aus meiner Sicht baut das revidierte kantonale Energiegesetz auf Regulierung, Zwang und Auflagen. Die in §11 enthaltenen Heizungsverbote sind beispielhaft für den «Züri Finish», mit dem das Zürcher Energiegesetz über die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MUKEn14) hinausgeht. Damit läuft es auch dem Ziel der interkantonalen Harmonisierung der Gesetzgebung im Energiebereich zuwider. Dieser Paragraph schränkt Hauseigentümer bei einem Ersatz des Heizsystems massiv ein: De facto sollen ab dem 1. Januar 2022 alle verpflichtet werden, bei einem Heizungsersatz einen fossilen Wärmeerzeuger durch einen nicht-fossilen zu ersetzen.

Grundsätzlich sind Massnahmen unterstützungswürdig, welche die Umweltbilanz von Bauten verbessern. Was ich bekämpfe, ist der staatliche

Zwang in diesem Energiegesetz. Insbesondere das faktische Verbot zum Ersatz von alten fossilen Heizungen durch neue, moderne Öl- und Gasheizungen ist störend. Dies führt dazu, dass beim Heizungsausfall in einer älteren Liegenschaft zwingend aufwändige Sanierungen notwendig werden – wie etwa Dämmungen der Gebäudehülle. Dies nur, weil die Ölheizung ausgestiegen ist. Die in Aussicht gestellten finanziellen Beiträge des Kantons an klimaneutrale Heizungen werden erhöht, um den Umstieg zu erleichtern. Dies sind für mich staatliche Interventionen, welche Subventionen gleichkommen. Das ist für mich keine bürgerliche Politik. Lieber wäre mir, wenn die Pflicht zum Ersatz der Heizung mit einem Wärmeerzeuger aus erneuerbaren Energien erst dann gilt, wenn das Gebäude einer Gesamt-sanierung unterzogen wird oder eine Handänderung erfolgt.

Fazit: Nicht Regulierungen, Zwang und Auflagen sind die Lösung, sondern mit reinen Lenkungsabgaben sollte sichergestellt werden, dass freiwillig auf erneuerbare Energien umgestellt wird. Das ist aber Aufgabe der nationalen Politik. Die Delegierten der EDU haben das Energiegesetz mit 13 Nein zu 5 Ja abgelehnt. ●



Warum so wenige Intensivbetten?

Die Medien berichten, dass es sich bei 90% der Covid-19-Erkrankten auf den Intensivstationen um Un- bzw. nicht vollständig Geimpfte handle. Als geimpft gilt eine Person 14 Tage nachdem sie die zweite Impfdosis erhalten hat.



Hans Egli
EDU-Kantonsrat, Steinmaur

Darum haben Hans Egli und die zwei Kantonsräte Maria Rita Marty und Daniel Wäfler dem Regierungsrat folgende Fragen gestellt.

1. Wie viele Personen befinden sich in den Intensivstationen der Spitäler im Kanton Zürich, welche als ungeimpft gelten, jedoch eine erste oder eine zweite Dosis erhalten haben?
2. Nach Beginn der Impfkampagnen verstarben in den Heimen unzählige Personen. Wie viele davon hatten eine erste oder zweite Dosis erhalten?

3. Wie viele Intensivbetten hatte es im Dezember 2019, Monate vor der Pandemie? Gemäss unseren Kenntnissen war diese Anzahl um 40 % höher als heute. Wie begründen Sie die Tatsache, dass vor der Pandemie die Bettenzahl wesentlich höher war als heute, wo wir mitten in einer Pandemie sind?

4. Warum wurde im November 2020 vor der zweiten Welle die Anzahl der Intensivbetten innerhalb weniger Tagen erheblich reduziert?

5. Warum wurde kurze Zeit nach der erheblichen Reduzierung, welche auf Weisung der Regierung erfolgte, im Dezember 2020 der zweite Lockdown verhängt mit der Begründung einer drohenden Überbelegung der Intensivstationen – eine drohende Überbelegung, welche durch die bewusste erhebliche Reduzierung der Betten verursacht wurde? Zur Erinnerung: Anzahl Intensivbetten anfangs 2020 über 400, momentan 181. ●



Gratulationen

«DER HERR SEGNE DICH UND BEHÜTE DICH; DER HERR LASSE SEIN ANGESICHT LEUCHTEN ÜBER DIR UND SEI DIR GNÄDIG; DER HERR HEBE SEIN ANGESICHT ÜBER DICH UND GEBE DIR FRIEDEN.»

4. MOSE 6, 24-26

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern, die im November 2021 einen runden Geburtstag feiern.

Esther Tschanz-Morf, Embrach • Brigitte Kreis, Wetzikon • Yvonne Brechbühl, Dübendorf
Tabea Meier-Reutimann, Mönchaltorf • Anna Sigrist-Kündig, Turbenthal • Rosemary Keller, Zürich
Wilfried Rechsteiner, Grüt-Gossau • Werner Rüetschi, Wetzikon • Simon Berger, Niederuster
Daniel Schneider, Seuzach • Thomas Ucar, Zürich

Infos und Anmeldung: forum-cep.ch

christlich, politisch, engagiert!

Glaube, Hoffnung und Liebe in der Politik? – die Tagung

Samstag, 20. November 2021, 9.30 bis 16.15 Uhr
Türöffnung 8.15 Uhr
Reformierte Kirche Bülach

Gebetstreffen

Bülach: jeweils 2.+4. Montag des Monats, 20 Uhr:
8. und 22. Nov. sowie 13. Dez.
Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch
Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach
Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr
in den geraden Kalenderwochen:
3. und 17. Nov. sowie 15. Dez.
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr:
12. Nov., 10. Dez., 14. Jan.
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr:
1. Nov., 6. Dez.
ETG (Evangelische Täufergemeinde) Rüti,
Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Uster: jeweils am letzten Donnerstag des Monats
18.00–19.30 Uhr: 25. Nov., 27. Jan.
Gebetshaus, Buchaldenweg 11, Uster
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von
18.30–19 Uhr: 10. Nov., 8. Dez., 12. Jan.
Raum der Stille im 2. Stock
Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 321 13 26

Finanzen

Herzlichen Dank für Ihre Spende.
Jeder Franken zählt!

Spenden von Januar
bis September

Fr. 184'500.-
Budget

- Fr. 46'900.-
Spenden



Spendenkonto
IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6,
Postkonto: 80-37173-6

Zum Aufbau unserer Jungpartei suchen wir einen
Jugendmitarbeiter (20–40%). Wir bieten Dir eine
spannende, sinnvolle und entlohnte Tätigkeit, in
der Du Dich persönlich entfalten kannst.

Dein Herz schlägt für Gott und die Schweiz

DEIN PROFIL Du bist ein Leitertyp, der andere begeistern kann |
... bist 25–35-jährig, wünschst Dir flexible Arbeitszeiten und magst
Home-Office | ... bist auf Social Media präsent und stehst zu Deinen
Überzeugungen | ... teilst die Werte und Ziele der EDU

DEINE AUFGABEN Du begeisterst junge Christen für die Politik und
unterstützt sie in ihrem Engagement | ... nutzt Social Media und
organisierst Events und Kampagnen | ... nimmst an Podiums-
diskussionen an Schulen teil | ... bist Mitglied der Geschäftslei-
tung der EDU Kanton Zürich

WERDE TEIL UNSERES TEAMS, BEWIRB DICH JETZT
Auskünfte: 052 222 42 61 | Bewerbung an: sekretariat@edu-zh.ch

Impressum EDU Kanton Zürich

Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur, 052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto

IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6, Postkonto: 80-37173-6

Redaktion Daniel Suter, Beatrice Zurflüh

Gestaltung Lukas Frey

Covid-19-Gesetz: Soll das zweite Covid-Gesetz angenommen werden?

Pro



a. Nationalrat Markus Wäfler, Mitglied der Delegiertenversammlung EDU Schweiz

Ich stimme am 28.11 November Ja zur Änderung des Covid-19-Gesetzes vom 19. März 2021. Zwar ohne Begeisterung und nicht, weil mir die Bestimmungen der verschiedenen Covid-Gesetze sympathisch wären, sondern wegen der Qual der Wahl zwischen Pest und Cholera. Aber: Was begünstigt ein Ende dieser lästigen und z.T. fragwürdigen staatlichen Einschränkungen und der Verschuldung des Staates stärker – ein Ja oder ein Nein?

Ein Nein hat zur Folge, dass die Gesetzesgrundlage für seither verfügte Massnahmen wegfällt, etwa Härtefall-Entscheidungen oder Impfstrategie inkl. Tests und Zertifikat. Die Auswirkungen sind nebst Folgen für betroffene Betriebe, dass sich das Coronavirus leichter durch Ansteckung weiterverbreiten kann und die Seuche so verlängert wird. Ich bin ein Befürworter von Freiheit und Gegner dieser staatlichen Einschränkungen – und deshalb für Massnahmen und Verhaltensweisen, welche diese Corona-Seuche wirksam einschränken. Aber meine eigene Freiheit ist untrennbar mit Verantwortung für meine Mitmenschen verbunden. Deshalb liess ich mich impfen, um das Risiko zu reduzieren, selbst an Corona zu erkranken und Familie oder Mitmenschen anzustecken. Eine Corona-Impfung gibt nie 100-prozentigen Schutz und hat Risiken. Tatsache ist aber, dass sie das Risiko für Ansteckung und Weiterverbreitung wesentlich reduziert und auch das Nicht-Impfen Risiken hat. Es ist richtig, dass wir medizinische Eingriffe kritisch hinterfragen. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass unsere Entscheidungen immer Konsequenzen haben, für uns und andere. Das lästige, bürokratische und fragwürdige Impfbzertifikat ist keine Zwangsteilung unserer Gesellschaft, weil alle die Möglichkeit haben, sich freiwillig impfen/testen zu lassen. Wer es nicht tut, muss die Folgen akzeptieren. Wer Freiheit will, muss auch die zugehörige Verantwortung für sich und andere übernehmen. Es erstaunt mich, wie unkritisch Schauergeschichten bezüglich Corona-Impfung Verbreitung finden. ●



Kontra



Samuel Kullmann, Grossrat (BE), Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz

Obwohl die EDU Schweiz als einzige Partei die Nein-Parole zum gesamten Covid-19-Gesetz beschlossen hatte, stimmten im Juni 2021 ganze 40 % gegen dieses Gesetz. Nach der Abstimmung wurden innerhalb von nur 3,5 Wochen fast 190 000 Unterschriften gegen die Gesetzeserweiterung vom März 2021 eingereicht – ein Referendumsrekord. Damals dachten wohl nur die wenigsten, dass der Bundesrat im September eine weitgehende Zertifikationspflicht beschliessen würde.

Dank dem zweiten Referendum können wir nun glücklicherweise am 28. November nochmals über die extremsten und gefährlichsten Aspekte des Covid-19-Gesetzes abstimmen – ein Gnadenfenster.

Mit der Zertifikationspflicht hat der Bundesrat deutlich eine rote Linie überschritten, die unter keinen Umständen als verhältnismässig betrachtet werden kann (weitere Ausführungen dazu auf S. 6). Bereits im Juli hat eine regelrechte mediale Hetzjagd auf Menschen eingesetzt, die aus ethischen oder gesundheitlichen Überlegungen auf die in der Schweiz provisorisch zugelassene Covid-Impfung verzichten. Dieser Druck wurde durch die Zertifikationspflicht nochmals verschärft, so dass immer mehr Menschen ihre Arbeitsstelle verlieren könnten oder bei ihrer Ausbildung mit hohen Hürden konfrontiert werden.

Als ob die wirtschaftlichen Verwerfungen der letzten 18 Monate noch nicht genug wären und sich der Staat nicht schon genug verschuldet hätte, wird vielen bereits arg gebeutelten Teilen der Wirtschaft nochmals mutwillig grosser Schaden zugefügt. Besonders betroffen sind KMUs in ländlichen Regionen, wo die Skepsis gegenüber der Covid-Impfung bzw. dem Covid-Zertifikat höher ist als in städtischen Gebieten. Nur wer sich dem Druck beugt, erhält seine Grundrechte zurück (wahrscheinlich allerdings mit «Ablaufdatum», wie das Beispiel Israel zeigt). Dieser unheilvollen Entwicklung können wir nur mit einem Nein am 28. November Einhalt gebieten. ●

klipp & klar

Thomas Feuz

EDU in Aktion

Die EDU war auf verschiedensten Ebenen aktiv. Eine Auswahl kürzlicher politischer Aktionen:

EDU CH: EDU-Präsident Daniel Frischknecht nahm an der «Arena» zum Thema «Ehe für alle» teil. Im Blick auf die Abstimmung über das Covid-Gesetz plant die EDU eine Grossauflage; Unterstützungen dieses Projekts sind herzlich willkommen (vgl. Seite 2)!



EDU AG: Vernehmlassungen: Gesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherungen (KVG), Programm Labiola (Strategie des Kantons Aargau)

EDU Appenzellerland: Am «EDU-Imbiss» vom 16. Oktober wurden die Parolen für den 28. November gefasst. Nationalrat Andreas Gafner ging in seinem Referat auf aktuelle Herausforderungen ein und erzählte aus seinem (Er-)Leben.

EDU BE: Vernehmlassungen: Teilrevision Grossratsgesetzgebung

EDU ZH: Medienmitteilung zum kantonalen Energiegesetz («Die Klimapolitik wandelt auf Irrwegen. (...) braucht es einen lenkungs-basierten Ansatz.»). Interpellationen von Hans Egli und Erich Vontobel: «Steuergelder für Live-Sex-Theater im Schauspielhaus?» sowie von Erich Vontobel und Mitunterzeichnenden: «Arbeitslosigkeit und Diskriminierung durch indirekten Impfwang?»



Start-up Fieldin pflügt Landwirtschaft um

«Die kommerzielle Landwirtschaft basiert auf operativen Fähigkeiten, nicht auf agronomischen Erkenntnissen», ist Boaz Bachar vom israelischen Start-up Fieldin überzeugt. «Es ist wie bei der industriellen Fertigung. Aber anstelle eines Autos produzieren wir eine Nuss oder eine Traube.» Fieldin digitalisiert den gesamten Anbauprozess mit Sensoren an Fahrzeugen und Geräten, wie ILI News berichtet. «Diese Sensoren übertragen Daten und das System wertet sie aus.» Frage: Führt Digitalisierung zu einem neuen «Turmbau zu Babel?»

Klimawandel: «Zu wenig Daten verfügbar»

Das Jerusalem College of Technology untersucht den Klimawandel mit Hilfe von Satellitenbildern. «Es besteht kein Zweifel, dass es eine globale Erwärmung gibt. Aber wir haben nicht genug Daten, um die Ursachen mit wissenschaftlicher Genauigkeit zu quantifizieren», so das Fazit von Prof. Paul Kamoun vom Labor für Weltraumtechnologie und Fernerkundung. Nötig wären Satellitendaten von mindestens 30 Jahren – statt der bisherigen 15 Jahren. «Wir können nicht sagen, wie hoch der Beitrag des Menschen an der globalen Erwärmung genau ist.» (Quelle: ILI News/israel21c)



«Unisex-Toiletten – ein Phantom-Problem?»

«Egal, ob wir uns als Mann oder Frau oder als etwas Anderes fühlen und unabhängig von unseren sexuellen Präferenzen, haben wir alle gelegentlich das Bedürfnis, uns zu entleeren. (...) Wie die andiskutierten Unisex-Toiletten bezeichnet werden sollten, ist mir nicht bekannt. Aber sie dürften bisherigen Toiletten ähnlich sehen. Kümmern wir uns besser um reale Probleme unserer Lebenswirklichkeit! Es gibt genug davon.»

a. Nationalrat Markus Wäfler in einer Antwort an «Jugend debattiert»

Ein besorgter Brief aus Bern

Im Vorfeld der Herbstsession gab das vom Bundesrat beschlossene Covid- Zertifikat zu reden. Ich möchte nachstehend auf einige Schwerpunkte der Session eingehen.

Nationalrat Andreas Gafner

Covid-19: Bundesrat bricht Versprechen

Mit der Anpassung des Covid-Gesetzes legte das Parlament die Grundlage für das Covid-Zertifikat. Die Covid-Massnahmen drücken Wirtschaft und Gewerbe hart. Die Jahresziele 2022 – Wohlstand, nationaler Zusammenhalt, Sicherheit – stehen teils im Widerspruch zur aktuellen Politik des Bundesrats.

Das Covid-Zertifikat ist eine menschenverachtende Erfindung und fördert die Zweiklassen-Gesellschaft. Wenn man die Zahlen nüchtern analysiert und ins Verhältnis stellt, gibt es schlicht keinen Grund für solch drastische Massnahmen. Wer kann einer Regierung noch vertrauen, die jetzt genau das Gegenteil macht, als sie noch im Frühling versprochen hat? Was Herr Berset mit der 50-Franken-Prämie beim Impfen präsentiert hat, ist verwerflich. Der Bundesrat will 1700 Personen anstellen, um die Bevölkerung zur Impfung zu nötigen. Es gibt Fachkräfte und Wissenschaftler, die vor dieser Einwegstrategie warnen, jedoch kein Gehör erhalten.

Landwirtschaft, «gentechfrei»

Der Rat lehnte es ab, das Einfuhrkontingent für ausländische Weine um 50 % zu senken. Vielmehr will der Rat eine zusätzliche Absatzförderung von inländischem Wein.

In der Schweiz dürfen gentechnisch veränderte Organismen (GVO) nur zu Forschungszwecken angebaut werden. Der Verlängerung des Moratoriums bis 2025 wurde zugestimmt. Im Gegensatz zur Impfkampagne kann sich die Landwirtschaft weiterhin als «gentechfrei» bezeichnen.

Aussenpolitik

Der Ordnungsantrag von Christian Wasserfallen (FDP BE), die Kohäsionsmilliarde bereits in der Herbstsession und nicht wie vorgesehen in der Wintersession zu behandeln, liess nichts Gutes erahnen. FDP, Linke und Die Mitte wollen die hart erarbeiteten Steuergelder im Eiltempo an die EU überweisen – während diese die Schweiz weiterhin diskriminiert (Börse, Studentenaustausch, Forschungsprogramme). Es würde dem Bundesrat gut anstehen, gegenüber der EU mit mehr Selbstbewusstsein aufzutreten.

Verkehr: Neu sollen – mit Zustimmung von Links-Grün und Mitte – Flugtickets nur noch vergütet werden, wenn die Zugreise mehr als sechs Stunden dauert. In der gleichen Woche flogen die SP-Nationalräte Wermuth, Molina und Pult nach Berlin, um den deutschen Genossen zum Wahlerfolg zu gratulieren. «Es sei in diesem Fall halt nicht anders gegangen...», lautete die lapidare Begründung. Klimapolitik zum Anfassen!

Linksextremismus: Die Gruppierung Antifa (Antifaschistische Aktion) wird nicht verboten: Der Rat lehnte ein Postulat von Andreas Glarner (svp/AG) ab. Laut Verteidigungsministerin Viola Amherd sei die linksextreme Szene zwar ernstzunehmen; eine akute Bedrohung für das Staatswesen sei indes nicht auszumachen. Glarner argumentierte, die Antifa diktiere mit gewalttätigen Störaktionen gegen Andersdenkende, «welche Demonstrationen erlaubt sind und welche nicht.»

Neuregelung der Organspende: Die erweiterte Widerspruchslösung wurde im indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» verabschiedet. Das heisst: Wer seine Organe nach dem Tod nicht spenden will, muss dies explizit festhalten. ●



Dranbleiben und nicht aufgeben!

Mit Bestürzung sah ich ein Video vom Polizeieinsatz an der Corona-Demo in Bern vom 7. Oktober. Mehrere Polizisten drücken einen Teilnehmer zu Boden, knien auf ihn. Ein Polizist verpasst dem Mann mehrere Fausthiebe und zerrt ihn über den Boden. Wo sind wir in der Schweiz mittlerweile angelangt?



Simon Fülleemann

Man kann geteilter Meinung sein über unbewilligte Demonstrationen. Aber sind solch massive Einsätze gerechtfertigt? Christoph Gnägi, Medienchef der Kantonspolizei Bern, erklärte, dass kontrollierte Schläge gegen den Körper eine ausgebildete Technik seien, um bei anhaltendem Widerstand die Muskelspannung zu lösen. In einem Livestream war auch zu sehen, wie ein Mann mit der Verfassung und der Schweizerfahne in der Hand mitten auf der Strasse mit einigem Abstand zu den Polizisten stand. Diese beschossen den friedlichen Mann mit Dutzenden Gummischrot-Schüssen in den Rücken, in Hals und Kopf. Wenn ich solche Bilder sehe, zerreisst es mir fast das Herz. Friedliche Bürger, die sich für unsere Verfassung und unsere Grundrechte einsetzen, werden von der Polizei brutal bekämpft! Wessen «Freund und Helfer» ist sie bloss geworden?

Wie man darauf reagiert, muss jede einzelne Person für sich entscheiden. Was wir aber alle tun können, ist beten:

- Vergessen wir in allem nicht, Gott zu danken und ihn zu loben. Eine alte Weisheit sagt treffend: «Danken schützt vor Wanken, Loben zieht nach oben!»
- Lasst uns für Regierung, Behörden, Polizei, Demonstranten, Kirchen, Gemeinden und alle Bürgerinnen und Bürger beten.
- Beten wir auch für Liebe und Hoffnung und dass wir uns nicht von Angst treiben lassen. In 1. Johannes 4,18 heisst es: «Wo die Liebe regiert, hat die Angst keinen Platz; Gottes vollkommene Liebe vertreibt jede Angst.»
- Geben wir nicht auf, wenn nicht immer gleich alle Gebete so erhört werden, wie wir uns das vorstellen. Bleiben wir eng mit Gott und seinem Wort verbunden! Dann ist uns in Johannes 15,7 folgendes verheissen: «Wenn ihr in mir bleibt und meine Worte in euch bleiben, so werdet ihr bitten, was ihr wollt, und es wird euch zuteilwerden.» ●

Päckliweise Nächstenliebe

Jungscharen, Kirchen, Hilfswerke, Private machen erneut Tausende Päckli mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Spielzeug, Mützen oder Schals. Die Aktion Weihnachtspäckli läuft bis am 21. November.

Thomas Feuz

Letztes Jahr wurden rund 116 000 Weihnachtspäckli gesammelt. Brigitte Neukom, wie läuft eine solche Aktion ab? Das ist sehr unterschiedlich, wie auch die engagierten Menschen und Gruppen es sind. Die geben vor Läden eine «Einkaufsliste» ab und verpacken die so erhaltene Ware vor Ort. Andere sammeln im Betrieb oder in der Kirche Geld oder Sachspenden. Viele bringen fertige Päckli, die sie mit ihren Kindern gemacht haben. Fleissige Einzelpersonen sammeln das ganze Jahr über Material oder Geld und bringen im Herbst Dutzende von Päckli vorbei. Via Sammelstellen und eine unserer Transportbasen gelangen die Päckli dann zu bedürftigen Menschen im Osten.

Wer sind die Empfänger? Wie geschieht die Verteilung?

Unsere lokalen Partner verteilen die Päckli in Absprache mit Sozialämtern, Schulen und Kirchen an die Ärmsten der Armen. Uns ist es wichtig, dass auch Menschen an abgelegenen Orten ein Päckli empfangen dürfen.

AVC und Licht im Osten bieten Einsätze für Interessierte an. Schweizer Teams helfen im Zielland bei der Verteilung mit, besuchen Privatpersonen, Schulen und Heime, überbringen ein Päckli, singen Lieder oder erzählen Geschichten. Berührend!



Was motiviert Sie als Projektleiterin bei Licht im Osten zum Engagement?

Die Not ist gross. Wir im Westen haben viel mehr als wir brauchen. Den Menschen, die täglich ums Überleben kämpfen, eine Freude zu machen, bereichert auch mich. Die leuchtenden Augen und die Freude, wenn Kinder ein Päckli aufmachen, ist unbeschreiblich. Oder wenn alte Menschen weinen, weil sie zum ersten Mal im Leben überhaupt ein Geschenk erhalten. Wenn sie realisieren, dass unbekannte Menschen in einem fernen Land an sie gedacht haben. Gibt es etwas Schöneres? Mit eigentlich sehr wenig können wir vielen Menschen eine grosse Freude machen. ●

➔ www.weihnachtspackli.ch;
beteiligte Hilfswerke: avc-ch.org,
ostmission.ch,
hmk-aem.ch, lio.ch



Bunte Facetten eines Redaktionsevents mit Tiefgang und Strahlkraft.

Ein Ruf in unsre Zeit

«We viil fotgoht, choont viil hee!» Die Teilnehmer des Redaktionsausflugs ins Appenzellerland machten da keine Ausnahme. Sie kehrten mit vielen neuen Eindrücken und gestärkt fürs weitere Engagement wieder heim.

Karin Hirschi

Hundwil empfing uns am 15. Oktober mit herbstlichem Sonnenschein, lieblichen Hügeln und «verzuckerten» Bergspitzen, Kuhglockengebimmel und kreisenden Rotmilanen. Schon die Anreise war für mich bemerkenswert: Nachdem die Nebelschwaden der Morgensonne gewichen waren, erschien in einem Wolkenloch über längere Zeit ein kleines Stück Regenbogen – eine Erinnerung an Gottes Bund mit Noah, die Zusage von Gottes Treue und Gnade.

Zu Besuch bei Bruder Klaus

«Der Name Jesu sei euer Gruss!» Von Gottes Treue und Gnade zeugt auch die Rauminstallation in Hundwil über Niklaus von Flüe, insbesondere über seinen Brief an die Ratsherren in Bern. 1482 drohte der erst in Anfängen bestehenden Eidgenossenschaft wegen innerer Spannungen beinahe das Aus; durch die Vermittlung von Bruder Klaus konnte ein Bürgerkrieg im letzten Augenblick verhindert werden.

Der Friedensschluss, das «Stanser Verkommnis», war aber weit mehr: Indem die Schwächeren (in diesem Fall die Landkantone) ausgleichend mehr Rechte erhielten, wurde eine wichtige Grundlage der Demokratie gelegt. All dies ist historisch gut belegt. Und es macht deutlich: Unser Land hat christliche Wurzeln!

Bernhard Rothen, langjähriger Pfarrer am Ort, führte uns persönlich in diese Zusammenhänge und in die Ausstellung ein, die mit ihrem klaren Aufbau, prägnanten Texten und symbolträchtigen

Fotografien den Worten des Briefes von Niklaus von Flüe folgt. Darin ist das Bibelwort für die damalige Eidgenossenschaft kondensiert, gilt aber weit darüber hinaus, ermutigt und ermahnt und bringt ins Nachdenken, ohne dabei vorschnell Antworten zu liefern.

«Biberli» und Lebensweisheiten

Nach der Ausstellung genossen wir das Mittagessen auf der Terrasse der altherwürdigen «Krone» im Dorfkern von Hundwil. Nach einem Grusswort von Thomas Lamprecht und Thomas Feuz führte uns Daniel Graber, Präsident EDU Appenzellerland, in ein paar Geheimnisse dieses einzigartigen Kantons ein. Einst Gutsbesitz des Abts von St. Gallen, seit 1513 Teil der Eidgenossenschaft, im Zuge der Gegenreformation 1597 in zwei Halbkantone geteilt, ist Appenzell u.a. charakterisiert durch Fleiss, Handwerk, Milchwirtschaft und «Biberli». Der Appenzeller Witz und Scharfsinn ist über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt und war auch auf den Zuckerbeutelchen zum Kaffee zu finden. So weiss man: «Bi de Riiche leent me huuse» (haushalten), was der Politik nicht immer präsent zu sein scheint, so dass von manchem Staat gilt: «E het Schulde wie en Hond Flöh.» Wobei keiner von uns davor gefeit ist, «tömmer z sii as t Nacht schwaz.» Für angeregte Tischgespräche war also gesorgt und die Zeit verging wie im Flug.

Was bleibt: Möge Gott uns allen die Gnade geben, so tapfer für unser Land einzustehen wie die alten Eidgenossen. Und das in Gottes Namen! ●



Logistik

Ruedi Ritschard

Ich habe allerlei Besorgungen erledigt im Dorf. Eigentlich will ich auf dem kürzesten Weg nach Hause radeln. Doch dann entscheide ich mich spontan für eine etwas längere Route. Schon lange wollte ich wieder einmal einen 90-jährigen Bekannten im Altersheim besuchen. Ich bin schon fast vorbei pedalt und erkenne Fritz im letzten Moment, «z fride» auf einer Bank im Garten. «Anhalten, geh ihn grüssen!», höre ich eine innere Stimme.

Fritz ist hoch erfreut über meinen Besuch. «Es hat sich so ergeben. Eigentlich wollte ich auf einem anderen Weg nach Hause», erkläre ich. Fritz strahlt. «Weisst du, Ruedi, dein Bsüechli ist das Beste, was mir heute passiert. Ich brauche gerade jemanden zum Reden und jetzt bist du gekommen.» Mit einem Schmunzeln fährt er weiter: «Gott ist eben ein guter Logistiker. Er weiss ganz genau, wer wann wo wen und was braucht.»

Ich bin sprachlos. Was für ein Gedanke! Fritz führte viele Jahre ein Unternehmen. Er weiss, was Logistik ist. «Was heisst Logistik eigentlich?», frage ich ihn. – «Ich meine, über den Wortstamm sind sich die Gelehrten nicht ganz einig. In Athen, Byzanz und im Römischen Reich soll es Beamte gegeben haben mit dem Titel «Logista», die für das Verteilen der Verpflegung, die Unterbringung und die Marschrouten verantwortlich waren. Oder das griechische Wort «Logistikos», der Denkende. Passt gut zu uns, gäll ja, hahaha!» Dabei schaut er mich pfiffig an.

Dann schütten wir einander unser Herz aus. Er hat seine Probleme, ich meine. Es tut gut, miteinander zu reden. Ich lerne immer wieder von diesem alten, gescheiterten, immer bescheidenen und tiefgläubigen Mann. Und wie immer landen wir bei unserem Lieblingsthema: Israel – Gottes Land, Gottes Volk, Geschichte, Zukunft. Israel, das Zentrum der Weltgeschichte. Ein winziges Land, halb so gross wie

die Schweiz, und doch dreht sich alles um diese wenigen Quadratkilometer.

Dann rätseln wir über den Tempelbau in Jerusalem. «Was für eine Logistik damals», meint Fritz. «Unerhört, was die Arbeiter in jener Zeit leisteten! 80 000 Mann schufteten in den Steinbrüchen, 70 000 Logistiker standen für den Abtransport der Steinblöcke bereit. Wie ging das wohl?» – «... dazu die unzähligen Zedern aus dem Libanon. Die Baumstämme wurden auf dem Seeweg nach Japho (heute Jaffa) gebracht. Das Holz wurde dann auf mächtigen Sattelschleppern nach Jerusalem hochgefahren», scherze ich. «Eher auf Tausenden von Eselkarren!», kontert Fritz. Und schon verhandeln wir die Schifffahrt von heute, die Riesen der Weltmeere, 400 Meter lang und 61 Meter breit mit bis zu 24 000 Containern. – Mein Gesprächspartner wird zum Nachtessen gerufen. Wieder erlebte ich eine unbezahlbare Begegnung mit meinem weisen alten Freund.

Ich bin auch Logistiker. Nur samstags. Da gehe ich einkaufen und schaue, dass die Lebensmittel ordnungsgemäss nach Hause geliefert werden. Weder mit dem Auto, noch mit dem Eselkarren. Ich bin selber der Schlepper, voll behangen mit schweren Taschen. Mein Schnügi ist ganz begeistert: «Wohl, wohl, jetzt hescht afe Muskli wie nes richtiges Mannsbild!»

Alles eine Frage der Logistik, logisch. ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

Ausgezeichnete Hoffnungsträger

Christian Waber, a. Nationalrat



Im Zweiten Weltkrieg gab es den «Plan Wahlen»: Die Bevölkerung kämpfte in der vom Staat verordneten «Anbauschlacht». **Kartoffeläcker mitten in Schweizer Städten**, das war ein Novum und versorgte die Bevölkerung mit dringend nötigen Lebensmitteln. Dann kam die Maul- und Klauen-enseuche, ganze Regionen wurden zum Sperrgebiet. Durch breit angelegte Impfkampagnen wurden Masern, Pocken, Tuberkulose ausgerottet. **Die Bevölkerung trug (fast) alle Massnahmen mit.**

Mit «Corona» hat sich alles innert kurzer Zeit verändert. Viele suchen Sicherheit, ihr Seelenheil in den verordneten Massnahmen. Wer gibt Orientierung, wenn plötzlich alles als «Wahrheit» gilt? Die grosse Verunsicherung betrifft uns alle. Der Riss geht mitten durch die christlichen Gemeinden. Ich frage mich: Wollen wir in erster Linie Covid-zertifiziert sein? Oder zeichnet uns vielmehr die Liebe zu Gott und Mitmenschen aus?

Die Bibel ruft uns einerseits zu **Gebet und Fürbitte für die Obrigkeit** auf (vgl. 1.Tim. 2,2, Jer. 29,7 und andere); sie definiert auch unser Verhältnis zur Obrigkeit (Röm. 13, Titus 3,1). Auf der anderen Seite steht der Weckruf, dass wir **«Gott mehr als den Menschen gehorchen sollen»** (Apg. 5,29). Ein Spannungsfeld! Was ist zu tun?

In den vielen «Grabenkämpfen» vergessen wir oft, dass bekennende Christen den tobenden Stürmen der gefallenen Welt nicht ausgeliefert sind. Unser Ziel ist das ewige Leben bei Jesus. Er wird unsere Tränen abwischen, etwas total Neues erwartet uns. Ob geimpft oder ungeimpft: Nicht die körperliche Gesundheit steht im Vordergrund, sondern unsere geistliche Unversehrtheit!

Christen dürfen in der gegenwärtigen grossen Unsicherheit aufsehen auf den, der sie erlöst hat – Jesus Christus. Diese Tatsache verbindet Christen über alle Grenzen und Meinungen hinweg. **Niemand, auch keine Pandemie** mit den vielen von oben verordneten Massnahmen, **sollte uns trennen!** An der Liebe untereinander kann die Welt erkennen, wie gross die Liebe Gottes für uns Menschen ist. Vergessen wir diese gewaltige Kraft der Liebe nicht! **Stellen wir uns ganz neu unter die Gnade Gottes!** Unsere Mitmenschen sollen erfahren dürfen, dass Gott alles in Seiner Hand hat! ●

Umfrage: Warum sind Sie in der jEDU / EDU?

«... weil sie ältere und junge Menschen anspricht»



Ich setze mich mit vollem Einsatz für konservative Werte ein, wenn ich einen Mehrwert in etwas sehe, das zu bewahren ist. Keinesfalls aber, weil ich keine Veränderung möchte. Ich schätze sehr, dass die EDU über die Jahre hinweg kontinuierlich, treu und praxisbezogen für ihre Überzeugungen einsteht. Für die Zukunft der Partei wünsche ich mir, dass wir noch mehr in den Nachwuchs, in eine gute Kommunikation und in proaktive Lösungsansätze investieren. Für die Herausforderungen der Zukunft möchte ich mich mit technischem Fachwissen und innovativen Ideen einbringen. Damit christliche Werte in der Schweiz an Attraktivität gewinnen können, haben wir die Junge EDU gegründet. Wir müssen neue Wege gehen, damit konservative Werte nicht als alt und verstaubt betrachtet, sondern zukunfts-fördernd erlebt werden. Diesbezüglich sehe ich bei der EDU viel Potenzial und auch die

Bereitschaft, neue Wege zu gehen und sich zu engagieren.

Nach einem kurzen und intensiven Kraftakt durften wir in der Jungen EDU Mitglieder aus 10 Kantonen und aus 3 verschiedenen Sprachregionen willkommen heissen. Ich wünsche mir, dass wir als Mutter- und als Jungpartei in die verbleibenden Kantone expandieren und neue Sektionen kontinuierlich wachsen können. Es freut mich immer wieder zu sehen, wenn sich Mitglieder aus Eigeninitiative entscheiden, aktiv zu werden. Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Ich freue mich, das brach liegende Potenzial zusammen mit jungen und älteren Kräften für die Entwicklung der EDU zu nutzen.

Timmy Frischknecht (25), ledig, Student Maschinenbauingenieur MSc ETH; Präsident Junge EDU Schweiz; Hobbys: Eishockey, Reisen, Garten; Romanshorn TG

Angebote und Termine

Marktplatz

OFFENE STELLEN

Wir suchen baldmöglichst **Floristin (Teilzeit) Region Bern**. Sie bringen mit: viel Freude am Beruf, Kreativität und sind belastbar. Wir freuen uns auf Ihren Anruf.
Kontakt: 079 288 37 45

VERKAUFEN

Günstiger Webstuhl, B 90 cm, 6 Tr., 4 Sch, Preis nach Absprache. Für soziales Projekt evtl. gratis. K: V. Bischoff, am Schleif 1432, 3823 Wengen, Tel. 033 855 18 19

Medjool-Datteln aus Israel, Ernte 2021, 5 kg CHF 80.– plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach.
K: 079 607 12 07

VERSCHENKEN

Neue Vortrags-CD: «Wie erkenne ich Gottes Willen für mich?» Diese neueste CD von Fritz Weber hilft uns ganz grundsätzlich, den Willen Gottes für unseren Alltag zu erkennen! Sie ist gratis erhältlich – auch zum Weiterschicken an andere – beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE, SMS + Tel.: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag des Monats: EDU-Gebet. Kontakt: 079 541 38 51

Biel: jeden 1. Donnerstag des Monats, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet.
K: 032 365 42 53

Heiden: jeden 1. Dienstag des Monats, 14.30 Uhr, Pflingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet.
K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats, 18.30–19 Uhr, Cevi-Zentrum Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet.
K: 044 322 61 46

30.10. Wil: 11.30 Uhr, im Hof zu Wil, Marktgasse 88: **Mitgliederver-**

sammlung EDU Kreispartei Wil.

Vorher um 10 Uhr öffentliche Führung durch das Gebäude mit Zertifikatspflicht. Treffpunkt vor dem Hof. Es ist eine Anmeldung erforderlich.

8./22.11. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisation: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

20.11. Dietfurt: 9.30 Uhr, Restaurant Rössli, Landstrasse 20: **Mitgliederversammlung EDU Toggenburg.** 11 Uhr Vortrag von Christina Rüdiger von «Freunde der Verfassung»

21.11. Herisau: 17 Uhr, Pflingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

(s. auch KANTONALTEIL BE, ZH)

Christliche Anlässe

IGW

28.10. Sofa-Event «Gerechtigkeit als Schlüssel für eine missionale Kirche?»

30.10. 14–17 Uhr, Aarau: Absolvierungsfeier Hybrid CH/DE

12.11. 18.30 Uhr, Friedenskirche, Hirschengraben 52, Zürich: **IGW Talks live miterleben** – Eintritt frei; nur mit gültigem Covid-Zertifikat
K: www.igw.edu

Hilfswerk Aktion Verzicht

30.10. 14.15 Uhr, EMK Zeltweg 20, 8032 Zürich: **Freundestreffen:** Roman und Ursula Gawel erzählen von ihrer Arbeit unter verarmten jüdischen Menschen in der Ukraine. www.aktion-verzicht.ch

Gemeinde für Christus

5.–7.11. Seelsorge-Seminar «Ich bleibe bei dir - sterbende Menschen begleiten», mit Monik Riwar. Infos und Anmeldung: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen BE, 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch
13.11. Frauentag «Freude – eine Geistesfrucht Gottes». Infos: aarau.gfc.ch. Anmeldung bis 1.11.2021 an frauenzweig.zentralschweiz@gmail.com

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

12.–14.11. Frauenwochenende mit Nicola Vollkommer: «Leben am reich gedeckten Tisch – von Glaubensfrust zu ganzer Hingabe»
30.11.–3.12. Weiterbildung: «Gemeindebau – Teil 2», mit Jürg Wüthrich
Kontakt: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

Forum Mensch+Politik

15.11. 19.30–21.30 Uhr, Westhalle, Industriestrasse 5, 3600 Thun: Besonders im Fokus des Infoabends: Änderung zum «Covid-19-Gesetz» vom 19.3.2021. Kurzpräsentation der Abstimmungsvorlagen von Markus Aerni, Vorstand EVP Thun. **Podiumsdiskussion mit Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP) und Samuel Kullmann, Grossrat Kt. Bern (EDU).** Anschliessend: Fragen, Infotisch und geselliger Austausch. Musikalische Umrahmung: Daniel Beutler, Arzt und Liedermacher; Moderation: Thomas Feuz. Freier Eintritt, Kollekte; Zertifikatspflicht

Forum Christliches Engagement in der Politik

20.11. 9.30–16.15 Uhr, Türöffnung 8.15 Uhr, Reformierte Kirche Bülach, Hans-Haller-Gasse 4: **Tagung «christlich, politisch, engagiert!»** – Glaube, Hoffnung und Liebe in der Politik? U.a. Workshop mit Daniel Suter, Geschäftsführer EDU ZH und Bundeshaus-Beterin Annette Walder. Tagungsbeitrag CHF 50.–. Anmeldeschluss: 31.10.2021 auf forum-cep.ch, info@forum-cep.ch; Tel. 078 860 60 16

DGM Dacapo Gospel Musique présente Alsace Gospel Choir sous la direction de Don Grigg En Concert

21.11. 17 Uhr, Thomaskirche, Hegenheimerstrasse 229, Basel: «Sing a new song». Eintritt frei – Kollekte

versoehnt.ch

10.–12.2.2022 Universität Bern, Schanzenekstrasse 1: **Konferenz**

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

«versöhnt leben»

11.2.2022 19.30 Uhr, Heiliggeist-Kirche, Spitalgasse 44, Bern: Konzertlesung mit Samuel Koch und Samuel Harfst. Weitere Infos auf www.versehnt.ch

FEG

12.2. 9.30–16.30 Uhr, Zürich: Ehevorbereitung «Fit für die Ehe?» **Impulstag für Verliebte und Verlobte.** Die praxisnahe und hilfreiche Ergänzung zur persönlichen Ehevorbereitung. Auch als Orientierungshilfe für Paare, die noch nicht heiraten wollen. Infos/Anmeldung: www.feg.ch/ehefit

Hinweis:

Alle Angaben unter Vorbehalt der weiteren Entwicklung.

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»

Die Ausgabe 12/2021 wird am 22. November 2021 versandt.

Redaktionsschluss:

5. November 2021
Druck: 18. November 2021

Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

Impressum

HERAUSGEBER/REDAKTION

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

INSERATE UND BEILAGEN

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07 | redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Feuz (tf), Redaktionsleitung; Thomas Lamprecht (Vertreter der GL), Nationalrat Andreas Gafner, Anian Liebrand, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler, Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: shutterstock.com
2, 5, 6, 7, 8, 12, 14, 16, 19: adobe stock
13: Thomas Feuz
15: Daniel Graber, Thomas Feuz
Kopfbilder: zvg

40. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 21 500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

JAHRESABONNEMENT

nur Fr. 30.-/25 € für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

GESCHENKABOS UND PROBENUMMERN – AUCH ZUM VERTEILEN!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

Machen wir's wie Grock!

Wie gehen Sie mit «Corona» um? Fühlen Sie Unsicherheit, Angst? Eher Rückzug oder Ausbruch? «Empörung ist das Kokain der Gefühle. Intensiv, süchtig machend und abstumpfend», so der Psychologe Thomas Ihde im «Beobachter» 21/21. Empörung gabs bei Themen wie Waldsterben, Klima, Black Lives Matter, #MeToo. Mit hohen Halbwertszeiten und immer neuen «Wellen» ...

Vom «Mehltau der Depression» sprach der damalige Bundesrat Adolf Ogi einmal. Trifft das auf heute zu? Wie könnten wir reagieren?

Vom Clown Grock wird erzählt, dass er einen Brief voller bösen Behauptungen erhielt. Er solle den Absender verklagen, rieten ihm Freunde; jeder Spass höre einmal auf. Grock reagierte anders, wie «Typisch! Kleine Geschichten für andere Zeiten» berichtet. Grock schickte den Brief mit einigen Zeilen zurück: «Ich habe diesen unverschämten Brief bekommen. Ich schicke ihn nun an Sie, damit Sie wissen, dass irgendjemand in Ihrem Namen beleidigende Briefe verschickt. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Clown Grock.»

Übergrosse Schuhe, Schlabberhose und eine winzige Geige: Das waren die Markenzeichen des 1959 verstorbenen Schweizer Clowns, ebenso sein «Waruuuuuum?» und «Nit mööööglich!» Seine Reaktion war kreativ und klug. Wie würde er sich wohl heute verhalten? (tf) ●

SCHLUSS
PUNKT



IDEA SPEZIAL

CHRISTENVERFOLGUNG

2021 | 2022

SONDERAUSGABE

IDEA

Für Hauskreis, Gemeinde, Kirche.
Jetzt vorbestellen für die Sonntage der verfolgten Kirche am 14. und 21. November.

Christen Verfolgung 2021

Lesen Sie, wie Christen in verschiedenen Ländern aufgrund ihres Glaubens verfolgt, verhaftet und gefoltert werden. Zusätzlich zu den Berichten finden Sie auch hilfreiche Informationen darüber, wie man bedrängten Christen beistehen kann.

- Jetzt vorbestellen zum Verteilen in Hauskreis und Gemeinde. Fr. 2.-/Stk. + Porto
- Bestellen Sie über www.ideaschweiz.ch/verfolgung oder per Mail an: verlag@ideaschweiz.ch

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
 Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Schaukarderei

Huttwil



- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

www.kamele.ch

062 962 11 52

Geben Sie Ihrem Ersparnen eine Zukunft.

Investieren Sie mit unserem S-Deposito in Silbergranulat. Wir lagern es für Sie in einem Schweizer Zollfreilager. Sie können damit bei immer mehr Firmen bezahlen. Und es ist jederzeit möglich, Ihr Silber zu Liquidität zu machen. Das Edelmetall hat seinen Wert seit den Tagen Abrahams behalten.

Wir beraten Sie gerne.
 0041 62 892 48 48
service@bb-wertmetall.ch
bb-wertmetall.ch



baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
 3110 münsingen | 031 721 62 27

Mission Aviation Fellowship

MAF
maf-schweiz.ch

SPITALSCHIFFE
 FÜR DIE ÄRMSTEN

Sie können helfen!
www.mercyships.ch

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

E. + W. BERTSCHI AG
 Ihr Fachgeschäft seit 1932

5728 Gontenschwil 062-773 12 40
 Spenglerei · Sanitär · Heizungen

NORTHERNBREEZE.CH

BALTIC FOOD
 NOTRationen
 KRISENVORSORGE
 OUTDOOR
 HOME & PLEASURE

HINE ADON
HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

TB TRANSPARENT BROKER
 fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

Segel neu setzen
 Ziele erreichen

Coaching Kleeli
www.coachingkleeli.ch

www.huwa.ch **Huwa** seit 1911

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

RE/MAX
 Immobilienmakler
 Nathanael Regez
 Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

OPFER BRAUCHEN KEIN MITLEID, SIE BRAUCHEN EINEN JOB.
 ► glowbalact.com

glowbalact AKTIV GEGEN MENSCHENHANDEL

schenk
 Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik
www.schenkag.com